

Ein guter Ausbildungsbetrieb macht sich bezahlt

Die Ausbildung in einem Großbetrieb, ein relativ hohes Lohnniveau für die Lehrlinge und ein Betriebsrat im Ausbildungsunternehmen helfen jungen Fachkräften, die sich direkt nach der Ausbildung bei einem neuen Arbeitgeber bewerben, Vorurteile gegenüber jungen Betriebswechslern und damit verbundene Lohnabschläge zu vermeiden.



Foto: Digitalstock

In Deutschland bleiben nur rund zwei von drei Auszubildenden nach Ende der Ausbildung im Lehrbetrieb. Die jungen Betriebswechsler stehen häufig im Verdacht, unterdurchschnittliche Leistung zu erbringen.

Gute Ausbildung lohnt sich finanziell für junge Fachkräfte, die im Ausbildungsbetrieb bleiben – dies wurde wiederholt gezeigt. Neu ist jedoch die Erkenntnis, dass auch junge Fachkräfte, die direkt nach ihrer Ausbildung den Arbeitgeber wechseln, von einer guten Ausbildungsqualität und einer strengen Auswahl der Lehrlinge in ihrem früheren Ausbildungsbetrieb profitieren. Diese Erkenntnis ist wichtig, da Arbeitnehmer, die direkt im Anschluss an ihre duale Berufsausbildung das Unternehmen wechseln, für viele Arbeitgeber im Generalverdacht stehen, unterdurchschnittliche Leistung zu erbringen. Eine direkte Folge dieser Vermutung ist eine im Vergleich zu Berufseinsteigern, die im Ausbildungsbetrieb bleiben, deutlich schlechtere Entlohnung.

Manchen Betriebswechslern gelingt es jedoch, hohe Lohnabschläge zu vermeiden, weil sie glaubhaft signalisieren können, dass sie eine hochwertige Ausbildung genossen haben. Dies zeigt eine aktuelle Studie des ZEW (Discussion Paper Nr. 12-014).

Unter Generalverdacht

In Deutschland bleiben nur rund zwei von drei Auszubildenden nach Ende der Ausbildung im Lehrbetrieb. Ein Jahr nach der Ausbildung ist oft weniger als die Hälfte der ehemaligen Auszubildenden noch dort als Fachkraft beschäftigt. Viele Betriebswechsler müssen den Lehrbetrieb verlassen, weil sie kein Übernahmeangebot bekommen haben. Andere Aus-

gelernte wechseln jedoch aus freien Stücken. Generell gilt es am Arbeitsmarkt jedoch als negatives Zeichen, wenn junge Fachkräfte im Anschluss an die Ausbildung den Betrieb wechseln. Denn die ausbildenden Unternehmen kennen die Qualität ihrer Auszubildenden und sie können in der Regel ihre besten Kräfte an sich binden. Somit sehen sich die Betriebswechsler der pauschalen Vermutung ausgesetzt, zweite Wahl zu sein, selbst wenn sie den Ausbildungsbetrieb freiwillig verlassen und hoch produktiv sind. Die produktiven Betriebswechsler müssen diese negative Sichtweise überwinden, um hohe Lohnverluste im Vergleich zu den nach der Ausbildung im Ausbildungsbetrieb verbleibenden Berufseinsteigern zu vermeiden.

Die Ergebnisse der ZEW-Studie zeigen, dass sich Firmen, die fremde Auszubildende übernehmen, deren Ausbildungsqualität sehr genau ansehen und mit ihren Einstiegslohnangeboten auf eine

IN DIESER AUSGABE

Ein guter Ausbildungsbetrieb macht sich bezahlt	1
Innovationen: Breite Finanzierung vorteilhaft	2
Kraftfahrermangel – durchaus ein Problem... ..	3
Zum Marktpotenzial neuer Antriebstechnologien	3
Lehre versus Forschung – Zum Zeitaufwand deutscher Hochschullehrer.	4
Nachgefragt: Warum ist Deutschland für ausländische Fachkräfte wenig attraktiv? ...	5
Zu den Vor- und Nachteilen der Besteuerung von Finanztransaktionen	6
Leibniz-WissenschaftsCampus MaCCI startet durch – Auftaktkonferenz am ZEW....	8
Abtprimas Notker Wolf spricht am ZEW	9
Daten und Fakten	11
Standpunkt	12

FORSCHUNGSERGEBNISSE

hochwertige Ausbildung reagieren. Wenn das ausbildende Unternehmen seinen Auszubildenden einen höheren Lohn als seine Konkurrenten bezahlt hat, wird dies durch den neuen Betrieb in Form eines signifikanten Lohnaufschlags honoriert. Denn Hochlohnbetriebe sichern sich in der Regel die besten Bewerber für ihre offenen Stellen für Auszubildende.

Höherwertige Ausbildung

Die typischerweise höherwertige Ausbildung in einem Großbetrieb ist den übernehmenden Betrieben einen Lohn-

aufschlag wert: Acht Prozent mehr Einstiegslohn erhalten Betriebswechsler aus Ausbildungsbetrieben mit mehr als 1.000 Beschäftigten im Vergleich zu Bewerbern aus Ausbildungsbetrieben mit weniger als 250 Beschäftigten. Wenn ein Ausbildungsunternehmen über einen Betriebsrat verfügt, wird dies als Garantie für die Einhaltung hoher Ausbildungsstandards gesehen und mit einem Lohnaufschlag von gut vier Prozent gewürdigt. Die Einstiegsgehälter von Betriebswechslern sind schließlich signifikant höher, wenn relativ wenige Auszubildende in einem Ausbildungsbetrieb übernommen wurden. Eine

niedrige betriebliche Übernahmequote bedeutet, dass auch relativ gute Auszubildende den Ausbildungsbetrieb verlassen, selbst wenn der Ausbildungsbetrieb in der Regel die besten Auszubildenden an sich binden kann. Die Datenbasis für die Studie ist das verknüpfte Betriebs- und Beschäftigtenpanel des IAB (LIAB). Es wurden Bestimmungsgründe für die Einstiegsgehälter für Fachkraftstellen von mehr als 4.000 Lehrlingsabsolventen, die direkt nach der Ausbildung den Betrieb gewechselt hatten, analysiert. Untersucht wurden die Jahre 2000 bis 2002.

Prof. Dr. Thomas Zwick, zwick@bwl.lmu.de

Innovationen: Breite Finanzierung vorteilhaft

Innovationsprojekte können immer wieder scheitern, unabhängig davon, wie viele Ressourcen die Unternehmen für sie bereitgestellt haben. Ein Forschungspapier des ZEW geht der Frage nach, wie Unternehmen durch die Zuteilung von finanziellen Mitteln auf Produktinnovationsprojekte den Innovationserfolg erhöhen können.



Foto: BASF – The Chemical Company

Die ZEW-Studie macht deutlich, dass die Strategie der Mittelzuteilung auf Innovationsprojekte für den Erfolg von Produktinnovationsaktivitäten ausschlaggebend ist.

Das ZEW Discussion Paper Nr. 11-073 basiert auf Informationen von rund 1.500 innovativen Unternehmen in Deutschland, die im Rahmen des Mannheimer Innovationspanels erhoben wurden. Ausgangspunkt der Untersuchung ist die Annahme, dass die Unternehmen sowohl die Höhe der für Innovationsprojekte verfügbaren Mittel festlegen als auch die An-

zahl der Innovationsprojekte. Mit Hilfe verschiedener Modellrechnungen wird analysiert, ob eine Aufteilung der verfügbaren Finanzmittel auf eine größere Anzahl von Projekten zu einem höheren Umsatz mit neuen Produkten führt. Ferner wird untersucht, ob eine selektive Mittelzuteilung, bei der wenig aussichtsreiche Projekte eingestellt und die Mittel auf die

aussichtsreicheren Projekte konzentriert werden, zu höherem Innovationserfolg führt. Es zeigt sich, dass eine Strategie der „Breite“, das heißt der Verfolgung von vielen Innovationsprojekten, eher erfolgversprechend ist als die Strategie, weniger Projekte mit einem hohen Mittelumfang auszustatten. Der positive Effekt der „Breite“ ist besonders stark, wenn der Neuheitsgrad der Produktinnovationen hoch ist. Eine Strategie der „Breite“ empfiehlt sich insbesondere in Produktmärkten, die durch eine hohe Unsicherheit gekennzeichnet sind, beispielsweise bei großen, unvorhersehbaren Nachfrageschwankungen.

Vielfalt an Innovationsoptionen

Die Studie belegt die wichtige Rolle der Art der Ressourcenzuteilung für den Erfolg von Produktinnovationsaktivitäten. Durch die Verfolgung vieler unterschiedlicher Projekte können Unternehmen vermeiden, auf das falsche Pferd zu setzen. Die Vielfalt an Innovationsoptionen kompensiert dabei bei weitem den Umstand, dass das einzelne Projekt nur mit vergleichsweise geringen Mitteln ausgestattet werden kann. Dabei scheint eine Kombination mit der Strategie, wenig aussichtsreiche Projekte rechtzeitig einzustellen, besonders zielführend zu sein.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Kraftfahrermangel – durchaus ein Problem

Über ein Drittel der im Rahmen des TransportmarktBarometers befragten Unternehmen sind bereits heute von einem Mangel an Kraftfahrern betroffen. Nahezu alle befragten Experten erwarten negative gesamtwirtschaftliche Folgen des Kraftfahrermangels.

Das TransportmarktBarometer von ProgTrans/ZEW befragt quartalsweise rund 250 Spitzenkräfte der Transportwirtschaft zu aktuellen Entwicklungen auf

zung gebeten, inwiefern die deutsche Transportwirtschaft von einem Mangel an Lkw-Fahrern betroffen ist. Über ein Drittel der Befragten zeigen sich davon über-

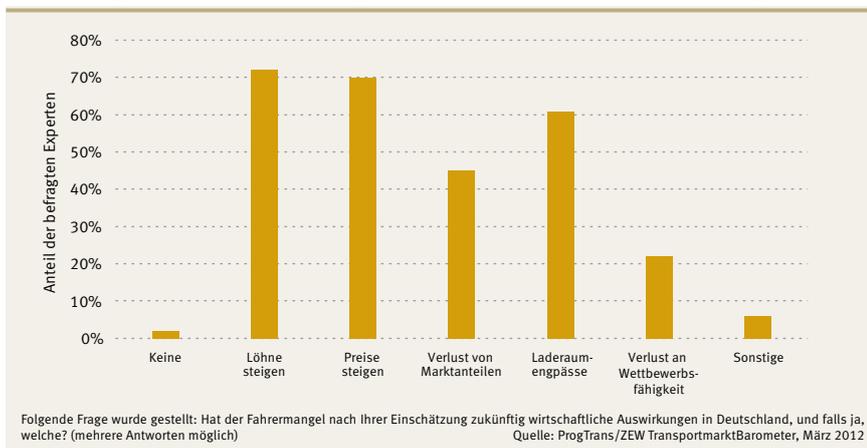
geben an, dass das Thema für ihr Unternehmen zwar noch nicht aktuell ist, es aber im Laufe des Jahres 2012 eine Rolle spielen wird. 27 Prozent verspüren keinen Kraftfahrermangel und erwarten, dass sich dies so schnell nicht ändern wird.

Nahezu alle befragten Experten rechnen damit, dass der Lkw-Fahrermangel wirtschaftliche Auswirkungen haben wird. Die stärkste unmittelbare Folge des Lkw-Fahrermangels sind die steigenden Fahrerlöhne (siehe Abbildung). Als Konsequenz dessen rechnen 70 Prozent der Umfrageteilnehmer mit steigenden Preisen für Lkw-Transporte.

61 Prozent der Befragten rechnen mit Engpässen beim Lkw-Laderaum. Mit Blick auf mögliche Marktanteilsverluste an (ausländische) Konkurrenten zeigt sich ein gemischtes Bild: 46 Prozent erwarten, dass der Kraftfahrermangel zu Marktanteilsverlusten deutscher Logistikunternehmen führen wird, 54 Prozent sehen das nicht so. Dass der Wirtschafts- und Logistikstandort Deutschland an Wettbewerbsfähigkeit verliert, scheint eher ein Thema der Politik als der Praxis zu sein; jedenfalls teilen nur 21 Prozent der Experten des TransportmarktBarometers diese Einschätzung.

Dr. Claudia Hermeling, hermeling@zew.de

Auswirkungen des Kraftfahrermangels auf die wirtschaftliche Entwicklung



den Transportmärkten. In der Sonderfrage der Erhebung zum ersten Quartal 2012 wurden die Experten um eine Einschät-

zeugt, dass der Mangel an Kraftfahrern bereits heute eine relevante Rolle für ihr Unternehmen spielt. Weitere 38 Prozent

Zum Marktpotenzial neuer Antriebstechnologien

Bislang hemmt der Mangel an Tankstellen die stärkere Verbreitung alternativer Antriebstechnologien im Verkehrsbereich. Eine Studie des ZEW berechnet das Marktpotenzial alternativer Antriebe in Deutschland unter der Prämisse, dass das entsprechende Tankstellennetz ausgebaut wird.

Mit Hilfe von Daten einer deutschlandweiten Befragung potenzieller Pkw-Käufer, analysiert das ZEW Discussion Paper Nr. 12-017 die Marktanteile unterschiedlicher Fahrzeugtechnologien auf Basis hypothetischer Kaufentscheidungen. In einem Basisszenario stellt die Studie die derzeitige Marktsituation für deutsche Autokäufer dar. Dazu werden, je nach Art

des Kraftstoffs, unterschiedliche Durchschnittswerte für bestimmte Fahrzeugattribute wie Kaufpreis oder CO₂-Ausstoß genutzt. Ferner wird berechnet, wie sich die Nachfrage nach strom- und wasserstoffbetriebenen Fahrzeugen im Vergleich zum Basisszenario verändert, wenn das jeweils zugehörige Tankstellennetz ausgebaut wird. Die Ergebnisse zeigen, dass

der Marktanteil von Elektrofahrzeugen um 116 Prozent steigen würde, wenn es Möglichkeiten zum Aufladen der Batterie an jeder zweiten Tankstelle gäbe. Mehr als vervierfachen würde sich der Marktanteil von Elektrofahrzeugen, wenn diese an jeder Tankstelle aufgeladen werden könnten. Der Anteil wasserstoffgetriebener Fahrzeuge auf Deutschlands Straßen würde um 85 Prozent beziehungsweise sogar auf mehr als das Dreifache steigen, wenn Wasserstofffahrzeuge an jeder zweiten beziehungsweise an jeder Tankstelle betankt werden könnten.

Martin Achtnicht, achtnicht@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Lehre versus Forschung – Zum Zeitaufwand deutscher Hochschullehrer

Mehr und bessere Forschung an Deutschlands Hochschulen! Dieses Ziel verfolgen zahlreiche Reformen des deutschen Hochschulsystems und nicht zuletzt auch die Exzellenzinitiative des Bundes. Die Anzahl der Professorenstellen steigt allerdings kaum. Es stellt sich deshalb die Frage, wo die Zeit für mehr Forschung herkommen kann?

Neben der Forschung ist die akademische Lehre eine weitere zentrale Mission der Hochschulen, sodass ihr wissenschaftliches Personal oft im Konflikt zwischen Forschung und Lehre steht. Die Ausweitung der Forschungstätigkeit muss zwangsläufig – ohne eine entsprechende Personalaufstockung – zur Verminderung der Arbeitszeit für andere Tätigkeiten oder zu einer im Schnitt erhöhten Arbeitsbelastung führen.

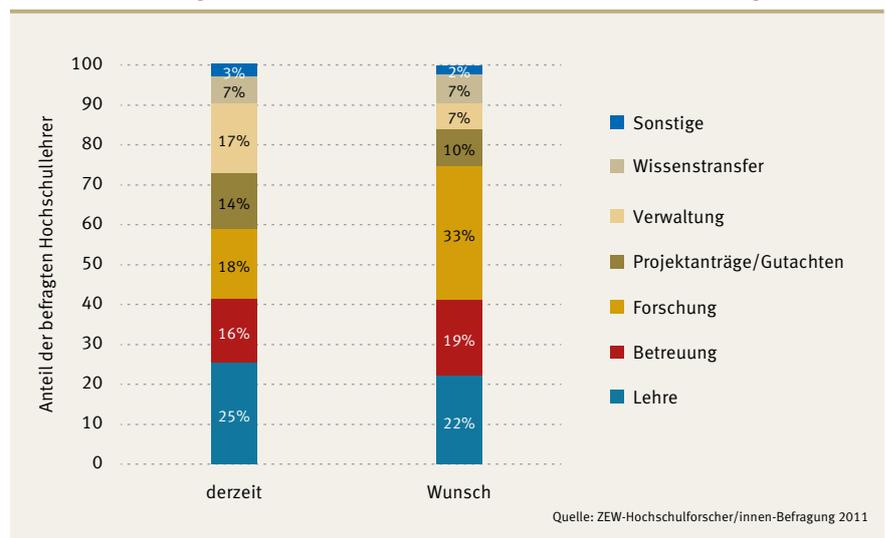
Zeitkonkurrenz

Wie die Analysen des ZEW aus einer Befragung von 2.435 in der Forschung besonders aktiven Professorinnen und Professoren (im Rahmen einer Studie zu Stand und Perspektiven der deutschen Hochschulforschung) zeigen, wenden selbst forschungsaktive Professoren derzeit den höchsten Anteil ihrer Arbeitszeit für die Lehre auf (Abbildung, linke Säule). Dies gilt erst recht, wenn zur reinen Lehrtätigkeit noch die Zeit für Betreuung von Studierenden, Promotionen und Habilitationen hinzugerechnet wird. Werden die durch die Befragten angegebenen Semesterwochenstunden und die jeweilige Verteilung der Arbeitszeitanteile zugrunde gelegt, dann folgt bei der Annahme, dass für die Vor- und Nachbereitung der Lehrveranstaltungen im Schnitt jeweils 50 Prozent der eigentlichen Veranstaltungszeit anfällt, im Mittel eine Wochenarbeitszeit von rund 50 Stunden. Bei Unterstellung einer höheren Vor- und Nachbereitungszeit steigt die so ermittelte Arbeitszeit entsprechend. Das zeigt deutlich, dass es einen nennenswerten Spielraum dafür, zusätzliche Forschungsaktivitäten über eine Ausweitung der Gesamtarbeitszeit zu erreichen, zumindest im Durchschnitt

nicht gibt. So kann eine Umschichtung der Verwendung der Arbeitszeit zugunsten der Forschung nur über die Kompen-

In den letzten Jahren hat eine deutliche Ausweitung der drittmittelfinanzierten Forschung zu Lasten der grundfinanzierten stattgefunden. Dies verlangt den einzelnen Forschern im Durchschnitt einen erheblich höheren zeitlichen Aufwand für die Beantragung und Administration wettbewerblich vergebener Forschungsmittel ab. Und genau hier, beim Zeitaufwand für Verwaltung und Beantra-

Relative Verteilung der Arbeitszeit von Hochschullehrern – derzeit und gewünscht



sation einer möglichen Ausweitung der Arbeitszeit für Forschung auf Kosten anderer Tätigkeiten erfolgen.

Gewünschte Zeitaufteilung

Wie die „ideale“, von den Professorinnen und Professoren gewünschte Zeitaufteilung verdeutlicht, streben sie nicht nach einer Ausweitung der für Forschung zur Verfügung stehenden Zeit auf Kosten des Zeitanteils für die Lehre sowie für die Betreuung (Abbildung, rechte Säule). Bei geringer Verschiebung zwischen den Aufgabebereichen Lehre und Betreuung unterscheidet sich der gewünschte Zeitanteil für diese Bereiche nicht von dem derzeit tatsächlich dafür nötigen Zeitanteil (jeweils etwas über 40 Prozent).

gung, wollen sie Zeit einsparen. Vergabeverfahren ohne immensen Verwaltungsaufwand für Beantragung, Begutachtung und Begleitevaluationen könnten deutliche Freiräume für verstärkte Forschungsaktivitäten schaffen. In der Lehrtätigkeit scheinen die befragten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler eine wichtige Mission für sich zu sehen, zu deren Lasten die gewünschten zeitlichen Freiräume für mehr Forschung nicht angestrebt sind.

Jürgen Egel, egeln@zew.de

Die Studie, in deren Rahmen die vorliegenden Ergebnisse ermittelt wurden, ist erschienen unter: Brandt, Tasso et al. (2012), Forschung an deutschen Hochschulen – Veränderungen durch neue Governance-Modelle und den Exzellenzdiskurs, in: FH-ISI, JR, Stifterverband, WZB, ZEW, Zur Situation der Forschung an Deutschlands Hochschulen – Aktuelle empirische Befunde, Studien zum deutschen Innovationssystem Nr. 16-2012, Berlin.

Nachgefragt: Warum ist Deutschland für ausländische Fachkräfte wenig attraktiv?

Deutschland braucht eine Willkommenskultur

Verschiedene Maßnahmen, die Deutschland für dringend benötigte Fachkräfte aus dem Ausland attraktiv machen sollten, blieben weitgehend ohne Erfolg. Dr. Holger Bonin, Arbeitsmarktexperte am ZEW, erläutert, was die Unternehmen auch ohne staatliche Kampagnen tun können, um Fachpersonal aus dem Ausland zu gewinnen.

Vielen Staaten gelingt es, ausländische Arbeitskräfte in den eigenen Arbeitsmarkt zu integrieren und somit von der Produktivität der ausländischen Fachkräfte zu profitieren. Warum tut sich Deutschland damit so schwer?

Zunächst einmal haben wir viel zu lange das Signal ausgesendet, kein Zuwanderungsland zu sein. Und selbst heute noch ist die Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte als Mittel zur Fachkräftesicherung in Politik wie Gesellschaft beileibe nicht unumstritten. Angesichts dessen werden die Verbesserungen der Zuwanderungsmöglichkeiten für Hochqualifizierte, die Deutschland in letzter Zeit umgesetzt hat, im Ausland noch zu wenig wahrgenommen. Hinzu kommen Faktoren wie die international gesehen niedrigen Spitzeneinkommen, die Steuer- und Abgabenlast und die Sprachhürde. Die Chancen, ausländische Fachkräfte nach Deutschland zu locken, werden derzeit allerdings besser. Das im Ausland viel diskutierte deutsche Jobwunder wirkt hier wie ein Magnet.

In großen Unternehmen existieren häufig sogenannte Diversity-Richtlinien,

die das Zusammenarbeiten von ausländischen Arbeitskräften mit hiesigem Personal vereinfachen und Diskriminierung verhindern sollen. Tragen solche Anstrengungen Früchte?

Das kann man immer nur im Einzelfall beurteilen. In der Tendenz tun sich Großunternehmen aber leichter, ein wirksames Diversity Management zu betreiben. Dies ist ein komplexer Prozess. Ein glaubwürdiges Bekenntnis zur Vielfalt und eine strategische Vorgabe der Unternehmensleitung allein genügen dafür keineswegs. Um Erfolg zu haben, müssen die Beschäftigten Diversity-Richtlinien durch alltagsfähige Ideen und bewusstes Handeln mit Leben füllen. Wer sich, wie etwa viele DAX-Unternehmen, einen Diversity-Manager leisten kann, bewältigt die Weiterbildung der Mitarbeiter und die Kontrolle von Fortschritten bei den gesetzten Zielen natürlich leichter.

Das Sorgenkind sind also die mittelständischen Unternehmen?

In der Tat. Zu oft setzen die Inhaber vor allem auf effiziente Produktion, während relativ wenig Mittel für Personalmanagement und -marketing bereitstehen. Darü-

ber hinaus entfallen hier beim Diversity-Management mögliche Skalenvorteile. Daher braucht es zum einen mehr Information, damit Mittelständler die Vorteile einer Willkommenskultur besser erkennen. So kann eine gute Integration ausländischer Fachkräfte helfen, im Wettbewerb um die besten Köpfe gegen die Konzerne besser zu bestehen und internationale Märkte zu erschließen. Zum anderen geht es darum, durch Zusammenarbeit Kosten zu senken. Zu denken ist etwa an Verbünde zur gemeinsamen Rekrutierung im Ausland. Ferner könnten die Mittelständler einer Region interkulturelle Trainings für ihre Mitarbeiter bündeln.

Kann sich eine positive betriebliche Willkommenskultur überhaupt losgelöst vom gesamtgesellschaftlichen Umfeld entwickeln?

Nicht sehr gut. Darum sollte ein nationales Diversity Management die Anstrengungen der Unternehmen unterstützen. Der unverzichtbare erste Schritt hierzu wäre ein klares und authentisches Bekenntnis der Politik, dass Deutschland ein Zuwanderungsland ist, das aktiv darauf hinarbeitet, Migranten in ihrer Verschiedenartigkeit zu respektieren und zu integrieren. Das allein genügt natürlich nicht: Ein offener Dialog mit den gesellschaftlichen Gruppen und den Bürgerinnen und Bürgern muss folgen, um dieses Leitbild in konkrete Initiativen zu übersetzen, damit sich ausländische Fachkräfte bei uns wirklich willkommen fühlen.

Dr. Holger Bonin, bonin@zew.de
Kathrin Böhmer, boehmer@zew.de

Dr. Holger Bonin ist seit dem Jahr 2007 Leiter des Forschungsbereichs „Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung“ am ZEW. Er untersucht unter anderem die Beschäftigungsprobleme von Geringqualifizierten, die Flexibilität von Löhnen, die ökonomischen Folgen von gesellschaftlicher Alterung und Migration sowie die Risikobereitschaft von Arbeitnehmern. Bonin ist Mitglied des Bevölkerungswissenschaftlichen Ausschusses im Verein für Socialpolitik und Research Associate des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA). Er erstellt regelmäßig Gutachten zu sozialpolitischen Fragen für verschiedene Bundesministerien, insbesondere das BMAS und das BMFSFJ.



Foto: ZEW

TERMIN

Mannheim Energy Conference

Am 25. und 26. Juni 2012 richten ZEW und MaCCI die Mannheim Energy Conference 2012 aus. Thematisch stehen Fragen des Wettbewerbs, der Regulierung und der Innovationsaktivitäten auf den Energiemärkten im Fokus. Weitere Informationen unter: www.zew.de/veranstaltung1630

Zu den Vor- und Nachteilen der Besteuerung von Finanztransaktionen

Europa denkt derzeit über die Einführung einer Finanztransaktionssteuer (FTS) nach, also einer Art Umsatzsteuer auf Finanzgeschäfte. Dieser Beitrag versucht eine kritische Bestandsaufnahme der wichtigsten Argumente für beziehungsweise gegen eine solche Steuer.

Befürworter der FTS argumentieren, dass sich mit einer solchen Steuer folgende Ziele erreichen lassen: die Erhöhung der staatlichen Steuereinnahmen, die Reduktion kurzfristiger Spekulation an den Kapitalmärkten, die Vermeidung zukünftiger Finanzkrisen sowie die Schließung einer Steuerlücke, die durch die Umsatzsteuerbefreiung von Finanztransaktionen

tes Steueraufkommen von jährlich 147 Milliarden US-Dollar erzeugen würde, bei Hinzunahme des außerbörslichen Handels sogar von 482 Milliarden US-Dollar.

Unklar ist allerdings, wie hoch die erzielbaren Steuereinnahmen wären, wenn nur wenige europäische Länder eine FTS einführen. In diesem Fall könnte es zu umfangreichen Verlagerungen von Trans-

zu verlagern, die außerhalb des Gebiets der FTS ansässig sind. Es ist allerdings unwahrscheinlich, dass in dieser Hinsicht ein solches Desaster eintritt wie bei der in Schweden zwischen 1980 und 1987 geltenden FTS. Damals führte die FTS zu einer massiven Abwanderung der Transaktionen an ausländische Börsen, vor allem nach London. Für diese starke Reaktion in Schweden waren insbesondere zwei Gründe verantwortlich: Schweden ist ein vergleichsweise kleines Land, sodass eine Verlagerung recht einfach war. Darüber hinaus war der Steuersatz mit Anfangs 0,5 Prozent und ab dem Jahr 1986 sogar zwei Prozent sehr hoch bemessen. Der Vorschlag der EU-Kommission sieht dagegen vor, dass in Europa eine FTS mit einem Steuersatz von 0,1 Prozent für Aktien und Anleihen und 0,01 Prozent für Derivate eingeführt wird.

Reaktionen auf dem Kapitalmarkt

Eine Finanztransaktionssteuer dürfte zu einer Verminderung des Anteils kurzfristiger Spekulation auf den Kapitalmärkten führen und entsprechend den Anteil langfristig orientierter Transaktionen erhöhen. Darin sind sich praktisch alle Analysen zu diesem Thema einig. Dies bedeutet jedoch nicht zwangsläufig, dass die Volatilität an den Finanzmärkten abnimmt. Denn ein relativ hoher Steuersatz kann bewirken, dass das Transaktionsvolumen und die Liquidität stark abnehmen. Als Folge könnte die Schwankungsbreite der Kurse zunehmen. Im Falle der FTS in Schweden konnte dieses Resultat beobachtet werden.

Westerhoff (2008) verwendet ein sogenanntes agentenbasiertes Modell, um die Reaktionen der Marktteilnehmer auf eine FTS zu simulieren. Er unterscheidet in seinem Modell zwei Arten von Marktteilnehmern. Die erste Gruppe stellen die am Fundamentalwert einer Aktie ausgerichteten Investoren dar. Die zweite Gruppe, auch als Chartisten bezeichnet, orientiert sich am kurzfristigen Trendverlauf



Der Finanzplatz London profitierte von der Finanztransaktionssteuer, die Schweden in den 1980er Jahren einführt. Viele Transaktionen wanderten in Folge der Steuer von Stockholm nach London.

gegeben ist. Neben einer Einschätzung, ob diese Ziele durch eine FTS realisierbar sind, müssen die Kosten, die mit der Einführung einer FTS verbunden sein können, kalkuliert werden.

Standortprinzip gegen Steuerflucht

Die mit einer FTS erzielbaren Steuereinnahmen können durchaus erheblich sein. McCulloch und Pacillo (2010) schätzen, dass eine auf Aktien, Anleihen und Derivate erhobene FTS mit einem Steuersatz in Höhe von zehn Prozent der marktüblichen Transaktionskosten ein weltwei-

aktionen in nicht besteuerte Börsen kommen, das Steueraufkommen also deutlich geringer ausfallen. Um einer Steuervermeidung entgegen zu wirken, schlägt die EU-Kommission das sogenannte Standortprinzip vor. Dies bedeutet, dass Transaktionen, an denen mindestens einer der Beteiligten seinen Sitz in der EU hat, der FTS unterworfen würden. Dadurch kann verhindert werden, dass der Ort der Transaktion einfach auf ein Land verlagert wird, in dem die FTS nicht erhoben wird. Für große Finanzinstitute dürfte es allerdings leicht möglich sein, die entsprechenden Transaktionen auf Tochtergesellschaften

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

und extrapoliert diesen in die Zukunft. Dadurch bewirkt diese zweite Gruppe eine Entfernung des Kurses von seinem Fundamentalwert, wodurch Preisblasen entstehen können.

aktionskosten betragen und könnte damit noch tragbar sein. Bei Anleihen sind jedoch 0,1 Prozent als vergleichsweise hoch einzuschätzen und könnten einen Zuschlag von 50 bis 75 Prozent zu den

schiedenen Stufen der Produktentwicklungen kommen. Beispielsweise können Aktien und Anleihen Bestandteile von Zertifikaten sein. Besteuert wird bei einer FTS dann sowohl die Transaktion auf der ersten Stufe (Kauf von Aktien und Anleihen) als auch auf der zweiten Stufe (Kauf des Zertifikats). Um dies zu vermeiden, sollte die bei Gütern und Dienstleistungen übliche Konstruktion einer (Netto-) Umsatzsteuer, bei der ein Vorsteuerabzug möglich ist, implementiert werden. Im Rahmen von Finanztransaktionen wird hierfür auch die Bezeichnung Finanzaktivitätssteuer verwendet.

Welche Bilanz ist zu ziehen?

Die bisherigen Überlegen zeigen, dass es durchaus Gründe gibt, eine Finanztransaktionssteuer einzuführen. Dabei wäre es ratsam, bei Einführung einer FTS die Steuersätze gegenüber dem Vorschlag der EU-Kommission deutlich zu reduzieren, um unerwünschte Effekte zu vermeiden wie etwa die Abwanderung von Finanztransaktionen. Eine spätere leichte Anhebung der Steuersätze, wenn das Experiment der Einführung der FTS erfolgreich verlaufen sein sollte, ist sicherlich unproblematischer als eine zu hohe Besteuerung in der Anfangsphase. Aus steuersystematischen Erwägungen sollte allerdings der Finanzaktivitätssteuer der Vorzug vor einer Finanztransaktionssteuer gegeben werden.

Prof. Dr. Michael Schröder, schroeder@zew.de

ZEW DISCUSSION PAPERS

Nr. 12-029, Michael Schymura, Andreas Löschel: Investigating JEEM Empirically: A Story of Co-Authorship and Collaboration.
Nr. 12-028, Matthias Hunold, Johannes Muthers: Resale Price Maintenance and Manufacturer Competition for Retail Services.

Nr. 12-027, Dirk Czarnitzki, Susanne Thorwarth: Productivity Effects of Basic Research in Low-Tech and High-Tech Industries.

Nr. 12-026, Christian Dick, Lukas Menkhoff: Exchange Rate Expectations of Chartists and Fundamentalists.



Kursschwankungen könnten sich durch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer verringern – sofern der Steuersatz niedrig gewählt ist.

Die Einführung einer FTS mit relativ niedrigem Steuersatz bewirkt in diesem Modell eine tendenzielle Verdrängung der Chartisten, so dass Fehlbewertungen des Kurses geringer werden. Die Volatilität der Kurse nimmt darüber hinaus ab. Insofern kann eine FTS zu einer Marktstabilisierung und der Reduktion von Preisblasen beitragen. Wenn jedoch ein relativ hoher Steuersatz festgelegt wird, dann könnte auch genau das Gegenteil eintreten: Eine Erhöhung der Volatilität und eine wieder ansteigende Tendenz zu Fehlbewertungen. Die zu erwartenden Effekte einer FTS hängen demnach entscheidend davon ab, dass der Steuersatz eine angemessene Höhe hat.

Niedriger Steuersatz empfehlenswert

Grundsätzlich sollte der Steuersatz zur Vermeidung unerwünschter Effekte recht niedrig festgesetzt werden. Was ein niedriger oder hoher Wert sein könnte, lässt sich im Vergleich mit den üblichen Transaktionskosten näherungsweise ermitteln. Ausgehend von den Berechnungen von McCulloch und Pacillo (2010) dürfte der von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Steuersatz von 0,1 Prozent bei Aktien ungefähr neun Prozent der Trans-

aktionskosten bedeuten. Aufgrund der geringen empirischen Evidenz lässt sich jedoch keine genaue Einschätzung für den europäischen Anleihemarkt abgeben. Bezüglich der FTS auf Derivate sind die 0,01 Prozent bei börsengehandelten Derivaten recht hoch, jedoch für außerbörsliche Transaktionen vergleichsweise gering. Die Beurteilung der relativen Höhe der Finanztransaktionssteuer fällt somit für jedes Marktsegment unterschiedlich aus. Dies führt zu unterschiedlichen Implikationen hinsichtlich der zu erwartenden Steuervermeidungsbemühungen. Hinzu kommt, dass die vorliegenden Schätzungen der durch die FTS ausgelösten direkten Belastungen eine große Unsicherheit aufweisen. Die Ergebnisse sprechen daher zum einen dafür, die Steuersätze einer FTS noch stärker nach den betroffenen Marktsegmenten zu differenzieren, damit die Belastungen etwa gleich hoch sind. Zum anderen sollte die Höhe der Steuersätze wegen der großen Unsicherheit der ausgelösten Effekte gegenüber dem Vorschlag der Europäischen Kommission reduziert werden.

Die Finanztransaktionssteuer ist eine so genannte Brutto-Umsatzsteuer. Dadurch kann es zu einer Mehrfachbesteuerung der gleichen Transaktionen auf ver-

KONFERENZEN

Leibniz-WissenschaftsCampus MaCCI startet durch – Auftaktkonferenz am ZEW

Eine internationale Konferenz zur Qualität der weltweiten Systeme zum Schutz geistigen Eigentums sowie zum Verhalten von Unternehmen im Wettbewerb bildete Ende März 2012 die Auftaktveranstaltung zum neuen Leibniz-WissenschaftsCampus MaCCI.



MaCCI-Direktor Georg Licht, Christiane Neumann, Simone Schwanitz, MaCCI-Direktoren Martin Peitz und Heike Schweitzer, Thomas Kohl, kaufmännischer Direktor des ZEW (von links).

Das ZEW und die Universität Mannheim konnten rund 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft zur MaCCI-Auftaktkonferenz begrüßen. Eröffnet wurde die Konferenz mit Grußworten aller am Leibniz-WissenschaftsCampus MaCCI beteiligten Institutionen. Dr. Simone Schwanitz, Ministerialdirektorin im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg, hob beispielsweise die besondere Bedeutung interdisziplinärer Netze in Wissenschaft und Forschung hervor und würdigte somit die dem MaCCI zugrundeliegende Idee einer engeren Kooperation zwischen Rechts- und Wirtschaftswissenschaften. Christine Neumann, Generalsekretärin der Leibniz-Gemeinschaft, erläuterte die besondere Bedeutung des Konzepts des WissenschaftsCampus und wünschte dem MaCCI viel Erfolg in der Umsetzung des überzeugenden Konzepts.

An die Grußworte schlossen sich zwei hochkarätige Festvorträge von Prof. Fre-

deric M. Scherer (Harvard University, Cambridge) sowie Prof. Mary-Rose McGuire (Universität Mannheim) zur Bedeutung

MaCCI steht für „**Mannheim Centre for Competition and Innovation**“, einen vom Land Baden-Württemberg und der Leibniz-Gemeinschaft finanziell unterstützten Forschungsverbund, der den Austausch zwischen Juristen und Ökonomen stärkt und damit in Fragen der Wettbewerbs-, Regulierungs- und Innovationspolitik neue Impulse geben kann. MaCCI ist ein gemeinsames Projekt des ZEW und der Fakultät für Rechtswissenschaften und Volkswirtschaftslehre der Universität Mannheim. Zu den Kernthemen, die im Rahmen von MaCCI untersucht werden, gehören neben vertikalen Wettbewerbsbeschränkungen, Missbrauch von Marktmacht, Fusionskontrolle und der privaten und öffentlichen Durchsetzung des Kartellrechts auch die Regulierung des Telekommunikations- und Energiesektors sowie der Wettbewerb im Gesundheitswesen. Weitere Informationen: www.macci-mannheim.eu

des Patentsystems an. Auch in der Podiumsdiskussion zu aktuellen Entwicklungen im Bereich „Intellektuelles Eigentum und Wettbewerb“ wirkten beide an der Seite von Prof. Mark Patterson (Fordham University, New York), Prof. Hanns Ullrich (European University Institute, Florenz)

sowie Reinhilde Veugelers (KU Leuven und Bruegel, Brüssel) mit. Ein Vortrag von Prof. Jean-Francois Houde von der University of Wisconsin at Madison beschloss den ersten Konferenztag. Er untersuchte die Auswirkungen der Fusion zweier kanadischer Hypothekenbanken auf die Hypothekenzinsen für private Hausbesitzer in verschiedenen Regionen Kanadas.

Wissenschaftlicher Diskurs

Der zweite Konferenztag war geprägt von wissenschaftlichen Fachvorträgen. In zwölf Workshops wurde über aktuelle Forschungsergebnisse in den Bereichen Wettbewerb, Regulierung und Innovation berichtet. Die Höhepunkte des zweiten Konferenztages waren die Festvorträge von Prof. Patrick Rey (University of Toulouse) sowie Prof. William E. Kovacic (George Washington University).

Rey, der zu den renommiertesten Wettbewerbsökonomern weltweit gehört, referierte über die ökonomischen Bezüge von Handelsmacht und möglichen vertikalen Marktabschottungsstrategien. William E. Kovacic, der als einer der führenden Wis-

senschaftler auf dem Gebiet des Wettbewerbsrechts gilt, begeisterte insbesondere mit seinen praktischen Erfahrungen zum institutionellen Design und der Effektivität von Wettbewerbspolitik.

Juniorprof. Dr. Kai Hüsichelrath,
hueschelrath@zew.de

Abtprimas Notker Wolf spricht am ZEW

Abtprimas Dr. Notker Wolf, Abtprimas des Benediktinerordens und Großkanzler der Päpstlichen Hochschule Sant' Anselmo in Rom, referierte am 14. März 2012 am ZEW über Finanzmärkte und Ethik. Zu der Veranstaltung konnte ZEW-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz rund 400 Gäste, insbesondere aus der Finanzwirtschaft, begrüßen.

Abtprimas Dr. Notker Wolf sprach im Rahmen der Mannheimer Wirtschafts- und Währungsgespräche, einer Vortrags-

renden Folgen für viele Menschen habe ihn schließlich dazu veranlasst, sich verstärkt mit der Frage auseinanderzusetzen



Abtprimas Dr. Notker Wolf referierte im Rahmen der Mannheimer Wirtschafts- und Währungsgespräche über Finanzmärkte und Ethik am ZEW. Rund 400 Zuhörerinnen und Zuhörer verfolgten den Vortrag.

reihe, die regelmäßig kreditwirtschaftlich relevante Themen aufgreift. Sie wird von der Bankenvereinigung Rhein-Neckar Mannheim unterstützt.

Es sei gar nicht so abwegig, dass sich ein Geistlicher mit den Finanzmärkten beschäftige, sagte Abtprimas Wolf zum Auftakt seines Vortrags. Er selbst komme in seiner Funktion täglich mit wirtschaftlichen Fragen in Berührung. So habe er etwa während der Finanzkrise, also in Zeiten klammer Kassen, vor der Aufgabe gestanden, die Hochschule Sant' Anselmo zu renovieren und auszubauen. Ferner erlebe er auf seinen Reisen etwa nach Indien, Sri Lanka oder Vietnam immer wieder, dass es den Klöstern zunehmend schwer falle, ihre Existenz allein durch Erlöse aus der Landwirtschaft abzusichern. Darüber hinaus gehöre es zu seinen Aufgaben, die Finanzierung für den Bau verschiedener Krankenhausprojekte rund um den Globus zu betreuen. Der Ausbruch der Finanzkrise und ihre gravie-

zen, welche moralischen und ethischen Maßstäbe an das Handeln der Finanzmarktakteure angelegt werden sollten.

Plädoyer für die Freiheit

Grundsätzlich, so der Abtprimas, sei er der Überzeugung, dass freiheitliches Handeln ein sehr hohes gesellschaftliches Gut sei, das es zu schützen gelte. Nur in Freiheit seien Menschen kreativ, innovativ und wettbewerbsfähig. Wo allerdings Freiheit herrsche, sei eben auch das Versagen des menschlichen Handelns gegeben. Dies habe die jüngste Finanzmarktkrise einmal mehr bestätigt. Hier sei das durchaus berechtigte Gewinnstreben des Menschen in Gier umgeschlagen. Um den Menschen zu zügeln, müsse Freiheit immer in einem durch Gesetze und Normen gegebenen Ordnungsrahmen stattfinden. Allerdings könne auch der Staat nicht jedem einzelnen die Verantwortung abnehmen, für sein eige-

nes Handeln einzustehen. Die Menschen müssten ihr Tun im Zusammenhang sehen und die Auswirkungen ihres Handelns auf andere berücksichtigen. Die persönliche Freiheit höre da auf, wo die der Mitmenschen beginne.

Im Rahmen der aktuellen Schuldenkrise verschiedener Staaten trügen insbesondere die Ratingagenturen große Verantwortung. Sie hätten in jüngster Vergangenheit zu wenig berücksichtigt, welche negativen Folgen die Veröffentlichung ihrer Bonitätsurteile nach sich zögen. So seien beispielsweise viele Menschen in Griechenland auch durch die wiederholten Herabstufungen der griechischen Kreditwürdigkeit in existenzbedrohende Situationen geraten. Er sehe jedoch durchaus das Dilemma, welches die Ägide des verantwortlichen Handelns für die Ratingagenturen bedeute, sagte der Abtprimas. Einerseits sei es ihre explizite Aufgabe, den Marktteilnehmern ehrlichen Rat zu geben, gleichzeitig fordere es die christliche Ethik, den negativen Folgen dieser Empfehlungen entgegen zu wirken.

Jungen Menschen Vorbild sein

Freiheitliches Handeln eröffne dem Einzelnen und der Gesellschaft viele Möglichkeiten. Voraussetzung sei jedoch, dass immer eine kritische Reflexion über die Folgen des eigenen Handelns stattfindet. Damit ergebe sich ein Spannungsverhältnis, das es auszuhalten und täglich neu auszuloten gelte. Aber wie könne der Mensch das richtige Maß finden und halten? Hier setze er sein ganzes Vertrauen in die Jugend, sagte der Abtprimas. Junge Menschen verfügten über ein starkes Gerechtigkeitsempfinden und die Kraft, Dinge anzupacken und zu verändern. Die älteren Generationen müssten die Jungen in ihrer Moral und ihrem Gerechtigkeitswillen unterstützen und ihnen ein Vorbild sein. „Gott hat uns die Freiheit gegeben, das Gute zu tun“, erinnerte Abtprimas Wolf zum Abschluss seines Vortrags.

Ein Videobericht zum Vortrag des Abtprimas kann eingesehen werden unter: <http://www.youtu.be/SXVLhnz590g>

Kathrin Böhmer, boehmer@zew.de

ZEW INTERN

Schülerbesuch am ZEW im Rahmen der Nachhaltigkeitstage Baden-Württemberg



ZEW-Wissenschaftlerin Dr. Claudia Hermeling erklärt den Schülerinnen und Schülern des Wirtschaftsgymnasiums Schwetzingen das Computersimulationsspiel „Das Klimaschutzdilemma“.

Im Rahmen der Nachhaltigkeitstage 2012 des Landes Baden-Württemberg besuchten Ende April 2012 angehende Abiturientinnen und Abiturienten des Wirtschaftsgymnasiums Schwetzingen das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim. Gemeinsam mit ihren Lehrerinnen des Faches Wirtschaftsgeographie ließen sich die Schü-

lerinnen und Schüler von Wissenschaftlern des Forschungsbereichs „Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement“ über die Zusammenhänge von Ökonomie und nachhaltigem Klimaschutz informieren. Dr. Claudia Hermeling, Dr. Oliver Schenker und Simon Koesler verdeutlichten den Schülern in kurzen Vorträgen anhand von Alltagsbeispielen die

Folgen des Klimawandels. Des Weiteren stellten sie ihnen Forschungsinstrumente wie beispielsweise verschiedene Laborexperimente mit Versuchspersonen vor, mit deren Hilfe die Wissenschaft die ökonomischen Aspekte eines nachhaltigen Klimaschutzes untersucht.

Die Forscher diskutierten mit den Jugendlichen auch die internationale und deutsche Klimapolitik. Anhand des Kioto-Protokolls zeigten sie den Jugendlichen, wie schwierig es ist, eine länderübergreifende Übereinkunft zum Schutz des Klimas zu finden. Die Gymnasiasten konnten anschließend mit Hilfe des am ZEW entwickelten Computersimulationsspiels „Das Klimaschutzdilemma“ selbst die Erfahrung machen, wie kompliziert es ist, beim Klimaschutz zu Lösungen zu kommen, die für alle akzeptabel sind.

Das ZEW war eines von rund 400 Unternehmen und Organisationen, die sich mit unterschiedlichen Veranstaltungen rund um die Themen Klima, Energie, Ressourcenschonung und nachhaltiges Wirtschaften an den Nachhaltigkeitstagen Baden-Württemberg beteiligt haben.

ZEW EXPERTENSEMINARE

Finanzmarkt-Ökonometrie: Modellierung von Zinsen und Aktienkursen I – III

Das ZEW bietet seit vielen Jahren erfolgreich das Qualifizierungsprogramm Ökonometrie an. Mit diesem Weiterbildungsangebot wird der wachsenden Bedeutung ökonometrischer Verfahren für Unternehmen, Verbände und staatliche Institutionen Rechnung getragen. Teil des Qualifizierungsprogramms sind die Aufbaukurse zur Finanzmarkt-Ökonometrie, in denen Kenntnisse zur Modellierung von Zinsen und Aktienkursen vermittelt werden. Vom 26. bis 28. Juni 2012 wird diese Reihe in Zürich im exklusiven Sorell Hotel Zürichberg angeboten:

- 26. Juni 2012: Vektor-Autoregressive Modelle (VAR)
In diesem Seminar wird der Einsatz von Vektor-Autoregressiven Modellen zur Modellierung und Prognose von Finanzmarkt-Zeitreihen kennen gelernt.
- 27. Juni 2012: Nichtstationäre Zeitreihen und Kointegration
Anhand von Praxisbeispielen und Übungen am PC werden verlässliche eigene Analysen nichtstationärer ökonometrischer Zeitreihen erarbeitet und die Fähigkeit zur Beurteilung empirischer Untersuchungen gestärkt.

- 28. Juni 2012: Erstellung von Prognosemodellen

Es wird vermittelt, wie ökonometrische Prognosemodelle für Finanzmarkt-Zeitreihen erfolgreich erstellt werden und die Güte der Modelle umfassend bewertet wird.

Jedem Seminarteilnehmer steht ein eigenes Notebook für Übungszwecke zur Verfügung, um die behandelten theoretischen Lerninhalte direkt anhand aktueller Datensätze zu üben.

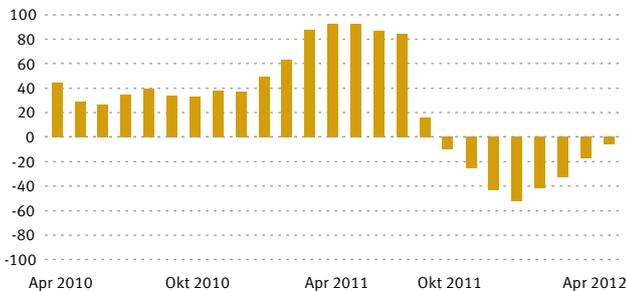
Alle drei Seminare können einzeln oder zu Sonderkonditionen gemeinsam gebucht werden.

Weitere Informationen sowie die Möglichkeit zur Anmeldung finden Sie unter: www.zew.de/weiterbildung.



DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im April 2012



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunkturerwartungen im Euroraum. Quelle: ZEW

EZB: Keine Änderung des Zinsniveaus erwartet

Im April sind die Inflationserwartungen für Deutschland im Vergleich zum Vormonat um 14,2 Punkte gestiegen. Sie befinden sich somit erstmals seit Juli 2011 wieder im positiven Bereich. Nach Einschätzung der Finanzmarktexperten ist es jedoch unwahrscheinlich, dass die EZB auf eine höhere Inflationsrate in Deutschland mit einer Zinserhöhung reagiert. So ist der Anteil der Experten, die mit einem gleichbleibenden Niveau der kurzfristigen Zinsen rechnen, erneut gestiegen und beträgt nun 77,9 Prozent. Nur noch 13,7 Prozent rechnen mit sinkenden Zinsen.

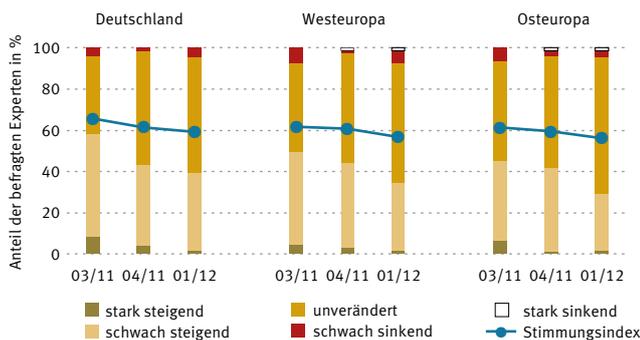
Christian David Dick, dick@zew.de

Eurozone: Stabile Erwartungen

Die Konjunkturerwartungen für die Eurozone sind im April geringfügig auf 13,1 Punkte gestiegen. Die Lageeinschätzung von minus 49,0 Punkten ist ebenfalls im Vergleich zum März nahezu unverändert. Die Finanzmarktexperten bekräftigen somit weitgehend ihre bereits im Vormonat geäußerte Einschätzung, dass die Wirtschaftsentwicklung in der Eurozone nur schwach ausgeprägt ist. Da die Lageeinschätzung für Deutschland deutlich besser ausfällt, ist weiterhin von einer sehr ungleichen Konjunktursituation in den Volkswirtschaften der Eurozone auszugehen.

Christian David Dick, dick@zew.de

Nur schwaches Wachstum in den Kurier-, Express- und Paketdienst-Märkten

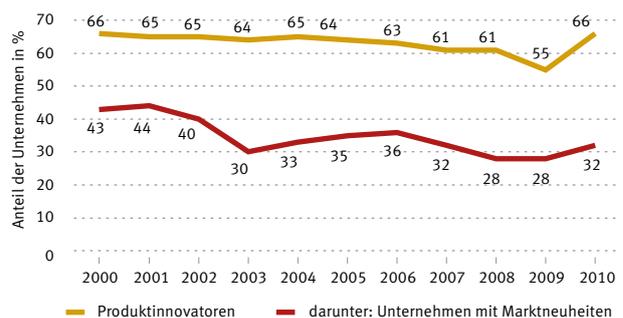


Quelle: ZEW

Die Entwicklung der Kurier-, Express- und Paketdienst- (KEP) Märkte wird derzeit zwar so schwach eingeschätzt wie seit Herbst 2009 nicht mehr; dennoch weist der Stimmungsindex immer noch vergleichsweise hohe Werte auf – vor allem für den Binnenverkehr. Darin kommt offenbar das erwartete starke Wachstum zum Ausdruck, das durch die zunehmende Beliebtheit des E-Commerce ausgelöst wird. So rechnen im innerdeutschen Verkehr 38 Prozent der Experten des TransportmarktBarometers von ProgTrans/ZEW mit einem schwachen Anstieg der KEP-Mengen, während kaum jemand einen Rückgang erwartet.

Dr. Claudia Hermeling, hermeling@zew.de

Mehr Produktinnovatoren im deutschen Maschinenbau nach der Wirtschaftskrise



Werte für 2000 bis 2005 angepasst an neue Wirtschaftszweigabgrenzung und Grundgesamtheit. Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel

Die Unternehmen des Maschinenbaus haben die Wirtschaftskrise 2009 für die Erneuerung ihres Produktprogramms genutzt. Im ersten Nachkrisenjahr 2010 stieg der Anteil der Unternehmen, die neue Produkte und Dienstleistungen anboten („Produktinnovatoren“), von 55 (2009) auf 66 Prozent. Damit wurde der bisherige Spitzenwert aus dem Jahr 2000 wieder erreicht. Der Anteil der Unternehmen, deren neue Produkte originäre Neuheiten in ihrem Markt darstellen („Marktneuheiten“), nahm von 28 auf 32 Prozent zu. Die hohen Werte von Anfang des Jahrzehnts von 40 Prozent bleiben jedoch noch außer Reichweite.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de



Sündenfälle

Eine bekannte Redensart besagt, ein Ende mit Schrecken sei besser als ein Schrecken ohne Ende. Im Fall der Insolvenz der Drogeriekette Schlecker stimmt dies nicht, denn hier ging es – überspitzt formuliert – vielmehr um die Alternative: Ende ohne Schrecken

versus Schrecken ohne Ende.

Schrecken ohne Ende steht für Transfergesellschaften. Diese arbeitsmarktpolitische Maßnahme basiert auf §216a SGB III, in dem die staatliche Förderung der Teilnahme an Transfermaßnahmen geregelt ist. Voraussetzung für eine solche Subvention sind unter anderem, dass die vorgesehene Maßnahme der Eingliederung der Arbeitnehmer, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind, in den Arbeitsmarkt dient und die Maßnahme durch eine Qualitätskontrolle gesichert ist. Transfergesellschaften wurden vor rund 15 Jahren in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit und einer seinerzeit unzureichenden Vermittlungsaktivität der Arbeitsagenturen gegründet. Sie bieten keine Beschäftigung, sondern sollen den Betroffenen beispielsweise mit Hilfe von Beratung und Weiterqualifizierung helfen, möglichst zeitnah einen Arbeitsplatz zu finden.

Letztlich handelt es sich bei den Transfergesellschaften um eine Parallelinstitution zu den Arbeitsagenturen. Es ist schon sehr bemerkenswert, wie die Befürworter von Transfergesellschaften den Arbeitsagenturen damit indirekt Unfähigkeit mit den Worten bescheinigen, die Schlecker-Beschäftigten würden „im Stich gelassen“ oder stünden „vor dem Nichts“. Dem ist zu widersprechen. Die Arbeitsagenturen sind mittlerweile recht erfolgreiche Arbeitsvermittler und eine empirische Studie zeigte vor einigen Jahren, dass Transfergesellschaften die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt haben, sondern ein für den Steuerzahler höchst kostspieliges Unterfangen sind. Die Arbeitnehmer erhalten maximal ein Jahr lang eine finanzielle Unterstützung, die in der Regel aufgrund von Aufstockungsbeträgen der Arbeitgeber oberhalb des Arbeitslosengelds liegt, dessen Bezug dann zeitlich entsprechend hinausgeschoben wird. Mit deutlichen Worten, die Arbeitnehmer werden nach bisherigen Erfahrungen in Transfergesellschaften erst einmal „geparkt“, also ein Schrecken ohne oder zumindest mit unsicherem Ende.

Ende ohne nachhaltigen Schrecken steht für die Tatsache, dass die Schlecker-Filialen bundesweit gestreut und der Bundesagentur für Arbeit rund 26 Tausend offene Stellen im Einzelhandel gemeldet sind. Natürlich sind die Sorgen der Arbeitnehmer verständlich, die ohnehin in einem Unternehmen arbeiteten, welches hinsichtlich der Behandlung seiner Beschäftigten in der öffentlichen Kritik stand. Jedoch dürften die Ängste alsbald verflogen sein, denn laut Presseberichten haben schon mehrere Hundert Arbeitnehmer praktisch in Wochenfrist einen neuen Arbeitsplatz gefunden.

Die Politik hat mithin richtig entschieden, als sie Bürgschaften für solche Transfergesellschaften ablehnte. Schlecker reiht sich ein in eine erkleckliche Anzahl von tatsächlichen und vermiedenen Sündenfällen: Holzmann, Opel, Quelle, etc. Der Staat ist kein Reparaturbetrieb für insolvente Unternehmen. Das hat nichts mit „Marktradikalismus“ zu tun, denn „Markt“ heißt im vorliegenden Fall, dass Millionen von Käufern eben nicht aus sozialen Gründen bei Schlecker gekauft haben, sondern bei der Konkurrenz, die Kundenwünsche offenbar besser befriedigt hat. Wären diese Schlecker-Verweigerer so gesehen nicht die eigentlichen „Marktradikalen“?

Sicherlich handelten die politischen Kräfte, die sich für eine Transfergesellschaft stark gemacht haben, mit den „Schlecker-Frauen“ in guter Absicht. Aber was sagen sie den Menschen, die von rund 30 Tausend Insolvenzen allein im vergangenen Jahr betroffen waren? Die Insolvenz von Schlecker stellt außerdem keinen Klumpeneffekt in einer einzigen Region dar, welcher noch am ehesten eine Ausnahme rechtfertigen könnte. Und schon gar nicht handelt es sich um ein systemisches Risiko, welches die Funktionsweise unseres Wirtschaftssystems gefährdete. Daher sind Hinweise auf milliardenschwere Bankenrettungsprogramme verfehlt.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,
L 7, 1, 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 103443, 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

Redaktion: Kathrin Böhrer · Telefon 0621/1235-103 · Telefax 0621/1235-222 · E-Mail boehmer@zew.de
Gunter Gröttmann · Telefon 0621/1235-132 · Telefax 0621/1235-222 · E-Mail groettmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2012